



Liebe Leserinnen und Leser,

Die aktuelle Debatte zur wirtschaftlichen Lage im Land sprengte am Mittwochvormittag den Zeitplan der 95. Plenarsitzung. Wie der schwarz-gelben Bundesregierung fiel es auch der Landesregierung in der knapp dreistündigen Diskussion nicht leicht, Geradlinigkeit und Konsequenz in ihrer Politik nachzuweisen.

Was die Landesregierung zu den Kürzungen der dringend benötigten Straßenbaumittel durch die Bundesregierung sagt, war Thema der zweiten Debatte. Auch unser Landkreis ist betroffen und in den nächsten Jahren nicht für neue Förderprojekte im kommunalen Straßenbau vorgesehen. Wie die B 19 zwischen Mergelstetten und Herbrechtingen müssen viele sanierungsbedürftige Straßen weiterhin in schlechtem Zustand bleiben.

Während tausende Schülerinnen und Schüler, Studenten und Auszubildende für eine bessere und bezahlbare Bildung demonstrierten, stand die Bildungspolitik der Landesregierung erneut im Kreuzfeuer der Opposition. Beklagt wurden der hohe Unterrichtsausfall und ungenügende Krankheitsvertretungen.

Zweiter bildungspolitischer Tagespunkt war die inklusive Schulentwicklung in Baden-Württemberg. Zu diesem brisanten Thema habe ich im Mai eine Veranstaltung in der Christophorusschule in Heidenheim durchgeführt. Die SPD-Landtagsfraktion lädt am 28. Juni 2010 zum Forum „Schule ist für alle da – das Recht auf Inklusion“ nach Stuttgart ein. Informationen dazu erhalten Sie in meinem Heidenheimer Wahlkreisbüro.

Am Donnerstag, 10. Juni, wurden unter anderem die Mitglieder der 14. Bundesversammlung zur Wahl des neuen Bundespräsidenten am 30. Juni in Berlin gewählt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr Andreas Stoch MdL

Konzepte statt Lobgesänge!

SPD fordert Korrekturen des sozial „unausgewogenen“ Sparpakets der Bundesregierung

Ob Steuersenkung, Atompolitik oder Mittelstand, man stößt bei Ministerpräsident Mappus und seinem Kabinett auf Selbstzufriedenheit mit der eigenen Politik. Die Opposition sieht das anders und wirft der Regierung Plan-, Orientierungs- und Mutlosigkeit vor.

Winfried Kretschmann (Grüne) fordert „einen klaren Kurs und Mut“ in der jetzigen Krisensituation, um das Land lebendig und dynamisch zu gestalten. Mappus hingegen wolle „mit seinem modernen Konservatismus das alte Baden-Württemberg mit seinem grenzenlosen Kasinokapitalismus konservieren“. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs könne die Regierung, analog zur Bundesregierung, kein einheitliches Bild ihrer Politik vermitteln.

Dr. Reinhard Löffler (CDU) widerspricht „dem Gemäkel der Opposition“ und stellt den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs heraus, der nicht zuletzt der Regierungspolitik zu schulden sei.

Der SPD-Landesvorsitzende und finanzpolitische Sprecher der Fraktion, **Dr. Nils Schmid**, wirft der Regierung Konzeptlosigkeit vor und macht vor allem das Wachstumsbeschleunigungsgesetz für milliardenhohe Steuerausfälle verantwortlich. Er fordert zu Korrekturen des sozial „unausgewogenen“ Sparpakets der Bundesregierung auf und verlangt eine Beteiligung der Besserverdienenden durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Dr. Hans-Ulrich Rülke (FDP/DVP) schließt sich dem CDU-Sprecher an und hebt die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs hervor. Sparmaßnahmen im Sozialhaushalt seien nötig, da dieser die Hälfte des Bundeshaushalts ausmache.

Ministerpräsident **Stefan Mappus** (CDU) wirft der Opposition eine populistische und nicht-einheitliche Argumentation vor. Seine Politik stehe für schnelle Entscheidungen und klare Schwerpunkte. In der Bildungspolitik sei das der Fokus auf frühkindliches Lernen und der Ausbau der Kleinkindbetreuung. In der Wirtschaft sei das ein Sofortpaket zur Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Mittelstands. Energiepolitisch fordert er eine ideologiefreie Diskussion: Kernkraft sei zur Zeit unverzichtbar. Konkrete Sparvorschläge kündigt Mappus für Ende des Jahres an, wobei er Forschung, Bildung und Kinder ausnehmen wolle.

(df)

Wann handelt die Landesregierung?

SPD: Kürzung der Straßenbaumittel durch die Bundesregierung – Landesregierung mit Wahrnehmung von Interessen des Landes auf der ganzen Linie gescheitert

Nach dem langen und harten Winter sind die ohnehin häufig maroden Straßen in Baden-Württemberg in noch schlechterem Zustand. Die klammen Kassen der Kommunen brauchen die Förderung zur Sanierung, gehen durch die jüngsten Kürzungen aber häufig leer aus. Die SPD bittet das Parlament deswegen um eine Diskussion.

Hans-Martin Haller (SPD) bescheinigt schon der Vorgängerregierung unter Oettinger verkehrspolitisches Versagen. In 120 Tagen Mappus-Regierung sei es aber noch schlechter geworden. Baden-Württemberg brauche als Wirtschafts- und Transitland ein modernes und intaktes Straßennetz. Er wirft Verkehrsministerin Gönner Scheitern und zu wenig Durchsetzungskraft im Bund vor, was zur Benachteiligung des Landes führe.

Nicole Razavi (CDU) schiebt die Schuld auf den Bund. Sie beklagt, dass Einnahmen aus dem Straßenverkehr diesem nicht wieder zugute kämen und fordert, dass „das System Straße den Bau und Erhalt der Straßen auch finanzieren müsse“ und Einnahmen aus dem Verkehr nicht in soziale Bereiche, wie Rente, abfließen dürfen.

Jürgen Walter (Grüne) zitiert Hans-Jochen Vogel: „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.“ Gemäß grüner Politik fordert er, dass Alternativen zum Straßenverkehr entwickelt werden müssen. Dabei spiele vor allem das Schienennetz eine besondere Rolle. Heftige Kritik erntet dabei das Projekt *Stuttgart 21*, wo nötiges Geld für andere wichtige Schienenprojekte verbaut würde. Ein absolutes Umdenken in der Verkehrspolitik hält Walter für unabdingbar.

Hagen Kluck (FDP/DVP) ergeht sich im Lob der Verkehrsministerin und des Ministerpräsidenten. Dieser solle sich nicht entmutigen lassen und weiter nach dem „Aufbau Ost“ den „Aufbau Südwest“ fordern. Die Fernstraßenfinanzierung stoße an Grenzen und mache die Einführung einer Maut erforderlich.

Verkehrsministerin **Tanja Gönner** (CDU) bittet um Sachlichkeit in der Diskussion: Das Land habe 90 Mio. Euro weniger im Fernstraßenbau zur Verfügung und das führe zu einem Verteilungsproblem. Vom Gesamtetat für den deutschen Straßenverkehr benötige Baden-Württemberg 14 Prozent, erhalte aber nur 8 Prozent, was für eine gut funktionierende Straßenverkehrsstruktur nicht ausreiche. Gönner will sich beim Bund einsetzen, dass zusätzliche Einnahmequellen erwogen werden, z.B. Vignette oder Maut.

Unterrichtsausfall zu Lasten der Bildungschancen

SPD fordert Unterrichtsgarantie und ausreichend Krankheitsstellvertretungen

Die Stichprobenerhebung vom November 2009 zeigt deutlich, dass sich die Unterrichtsversorgung an Gymnasien, Real- und Hauptschulen im Vergleich zur letzten Erhebung vom November 2008 deutlich verschlechtert hat. Insgesamt fielen auf das ganze Schuljahr hochgerechnet an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (ohne berufliche Schulen) über 1,6 Mio. Stunden aus. 2008 waren es rund 1,4 Mio. Stunden. Gymnasien sind mit 5,5 Prozent Unterrichtsausfall besonders betroffen. Realschulen haben einen Ausfall von 3,8 Prozent zu verzeichnen, Hauptschulen 3,0 Prozent.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Dr. Frank Mentrup**, kritisiert, dass das Ziel einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung wieder einmal nicht erreicht wurde. Stattdessen habe sich diese bei vier Schularten verschlechtert und dies sei nur die Spitze des Eisbergs. Schulinterne Regeln, wie das Zusammenlegen von Klassen etc., würden in der Statistik gar nicht erst auftauchen. Nach Ansicht der SPD bewege sich der Unterrichtsausfall in Größenordnungen, die nicht hinnehmbar seien. Die SPD setzt sich daher u.a. für eine Erhöhung der festen Stellen für Krankheitsstellvertreter ein und kreidet das strukturelle Defizit aller Schularten an.

Volker Schebesta (CDU) spricht demgegenüber von Spitzenwerten, die man im Vergleich zu anderen Flächenländern bei dieser Schüler/Lehrer-Relation erreichen würde. Den unterm Strich zu hohen Unterrichtsausfall rechtfertigt er mit der extremen Krankensituation im Herbst letzten Jahres. Bei den beruflichen Schulen spricht er von einer besonderen Herausforderung durch die Wirtschaftskrise.

Dr. Birgit Arnold (FDP/DVP) sieht einen positiven Effekt bei Förderschulen und im beruflichen Bereich.

Siegfried Lehmann (Grüne) ist besorgt, dass die Schule nicht mehr verlässlich sei, was Unterricht und Inhalt angehe. Mangel werde hier nur verwaltet. Er fragt nach, wie man dem begegnen wolle und fordert Verlässlichkeit bei den Krankheitsstellvertretungen.

Kultusministerin **Prof. Dr. Marion Schick** (CDU) sieht die Unterrichtsversorgung im Grundbereich bis auf ein strukturelles Defizit bei den beruflichen Schulen abgedeckt. Sie verweist darauf, dass es Aufgabe der Schule sei, voraussehbaren Unterrichtsausfall schulintern zu regeln und schlägt die Schaffung von „Vertretungspools“ vor. (uw)

Abstimmungsverhalten: Alle Anträge Top 7 und 9 wurden mehrheitlich durch CDU und FDP/DVP abgelehnt.

Inklusion sofort zulassen!

SPD und Grüne fordern Rahmenbedingungen für Inklusion

Die in Deutschland im März 2009 in Kraft getretene UN-Konvention für Rechte von Menschen mit Behinderungen fordert ein integratives (engl. „inclusive“) Bildungssystem auf allen Ebenen. Konkret heißt das, dass das Schulgesetz hinsichtlich der bisherigen Sonderschulpflicht geändert werden muss. Die baden-württembergische Kultusministerin verzögert die umfassende Zulassung von Inklusion bis zum Schuljahr 2013/14 durch Erprobungsmodelle in fünf ausgewählten Schwerpunktregionen.

Renate Rastätter (Grüne) sieht große Chancen für Eltern behinderter Kinder, die bisher in einer Bittstellerposition waren, wenn sie ihr Kind an eine Regelschule schicken wollten. Allerdings bedürfe es ausreichender Rahmenbedingungen für eine individuelle Förderung, was nicht zum Nulltarif zu haben sei. Ein Paradigmenwechsel müsse stattfinden, der das Lernen am Kind ausrichte. Dafür brauche es hochdifferenzierte Schulmodelle.

Norbert Zeller (SPD) wirft der Regierung hier Blockierung vor. Die Sonderschulpflicht sei verfassungswidrig. Homogenität, Selektion und Leistungsprinzip als bisherige Leitlinien des baden-württembergischen Bildungssystems seien unvereinbar mit dem Inklusionsgedanken. Es bedürfe keiner weiteren Erprobung; Inklusion solle sofort umgesetzt werden. Sonderschulen sollen dabei nicht abgeschafft, sondern als Kompetenzzentren weiterentwickelt werden. Dazu wolle die SPD-Fraktion nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen.

Andreas Hoffmann (CDU) verweist auf den Expertenrat und dessen Forderung nach Erprobung. Es bedürfe inklusionsfähiger und –williger Schulen. Er wolle keine Schule zur Inklusion zwingen und wirft der Opposition „Inklusionsideologie“ vor.

Dr. Birgit Arnold (FDP/DVP) fordert, dass Inklusion da ausgebaut werden solle, wo es möglich und von den Eltern gewünscht sei. Dafür brauche es ein zieldifferentes Lernen und neue Bildungswegekonferenzen.

Kultusministerin **Prof. Dr. Marion Schick** ist bestärkt, dass ihr Weg und Tempo richtig seien. Inklusion werde zukünftig Teil der Schulevaluation sein. „Sonderschulen bleiben als Kompetenzzentren erhalten; Regelschulen werden Inklusion durchführen müssen“.

(df)



MDL Stoch bei seiner Podiumsdiskussion „Inklusion: „Chance oder Risiko?“ im Mai 2010

Bundespräsidentenwahl

SPD: „Wir sind stolz darauf, dass unsere Liste die breite gesellschaftliche Verankerung der SPD in Baden-Württemberg unterstreichen kann.“

Der Landtag wählte die von CDU, SPD, FDP/DVP und Grünen vorgeschlagenen Wahlfrauen und -männer für die Bundesversammlung am 30. Juni 2010 in Berlin in breitem Konsens. Die SPD-Fraktion kann in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales ebenso wie im Kommunalbereich mit prominenten Vertreterinnen und Vertretern aufwarten. Zudem verdeutlicht die Nominierung zweier Migranten den bedeutenden Stellenwert der Integration für die SPD.

Als Vertreter der Kommunen wurden der Ulmer Oberbürgermeister **Ivo Gönner** (Präsident des Städtetags Baden-Württemberg), die Reutlinger Oberbürgermeisterin **Barbara Bosch** (designierte Präsidentin des Städtetags) sowie der Mannheimer Oberbürgermeister **Peter Kurz** gewählt.

Auf Vorschlag der SPD wurden aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales folgende Reihe interessanter Persönlichkeiten gewählt.

- **Verena Bentele:**
Vierfache WM- und zwölffache Paralympics-Siegerin im Biathlon
- **Rainer Brechtken:**
Präsident des Deutschen Turnerbundes
- **Nikolaus Landgraf**
Vorsitzender des DGB Baden-Württemberg
- **Leni Breymaier**
Vorsitzende von ver.di Baden-Württemberg und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende
- **Walter Sittler**
Der Schauspieler und Produzent ist bekannt aus TV-Serien und Spielfilmen.
- **Erwin Staudt**
Präsident des VfB Stuttgart
- **Saliou Gueye**
Integrationsbeauftragter der Stadt Ludwigsburg
- **Zahide Sarikas**
Wirtin und Integrationsexpertin aus Konstanz
- **Klaus-Dieter Kottnik**
Präsident des Diakonischen Werks der EKD

Aus der Landtagsfraktion sind folgende **Abgeordnete** in Berlin mit dabei: **Katrin Altpeter, Wolfgang Drexler, Reinhold Gall** (Parlamentarischer Geschäftsführer), **Helen Heberer, Gunter Kaufmann, Thomas Knapp, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid** (Landesvorsitzender), **Claus Schmiedel** (Fraktionsvorsitzender) und **Alfred Winkler**.

(uw)

95. Sitzung des Landtags

9. Juni 2010

Top 1

Steuersenkung, Atompolitik, Mittelstand – Ministerpräsident Mapus und die Wirtschaftspolitik im Lande: Baden-Württemberg braucht Konzepte statt Lobgesänge

Top 2

Die schwarz-gelbe Bundesregierung kürzt die Straßenbaumittel für Baden-Württemberg – Wann endlich handelt die Landesregierung?

Top 3

Gesetz zum Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag) [DS 14/6178](#) und [14/6346](#)

Top 4

Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung [DS 14/6248](#) und [14/6344](#)

Top 5

Regierungsbefragung

Top 6

Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes und anderer berufrechtlicher Vorschriften [DS 14/6251](#) und [14/6368](#)

Top 7

a) Antrag SPD [DS 14/4338](#)

Unterrichtsausfall an Schulen Baden-Württembergs

b) Antrag SPD [DS 14/4927](#)

Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2009/2010

c) Antrag CDU [DS 14/5657](#) (geänderte Fassung)

Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen

d) Antrag GRÜNE [DS 14/5778](#)

Fehlende Mittel für Krankheitsvertretungen im 2. Schulhalbjahr 2009/2010

e) Antrag SPD [DS 14/5822](#)

Unterrichtsausfall und Krankheitsvertretungen an den Schulen Baden-Württembergs 2009/2010

f) Antrag SPD [DS 14/5824](#)

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg

Top 8

Antrag SPD [DS 14/4339](#)

Wald und Wirtschaft in Baden-Württemberg

Top 9

a) Große Anfrage GRÜNE [DS 14/4120](#)

Bestandsaufnahme zum gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen in Baden-Württemberg

b) Antrag SPD [DS 14/5679](#)

Inklusive Schulentwicklung sofort zulassen

c) Antrag SPD [DS 14/5851](#)

Abschlussbericht des Expertenrats „Sonderpädagogische Förderung“ unverzüglich veröffentlichen

d) Antrag GRÜNE [DS 14/6158](#)

Eckpunkte für die gesetzlichen und pädagogischen Rahmenbedingungen für Inklusion

Top 10

Antrag SPD [DS 14/4369](#)

Fahrradverkehr im Land stärken – Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen lassen

Top 11 und 12

Beschlussempfehlungen und Berichte der zuständigen Ausschüsse

96. Sitzung des Landtags

10. Juni 2010

Top 1

Große Anfrage FDP/DVP [DS 14/5187](#)

Fanprojekte in Baden-Württemberg

Top 2

Anstieg politisch motivierter Gewalt – Demokratie muss wachsam bleiben

Top 3

Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung

Top 4

Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes [DS 14/6379](#)

Top 5

Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes [DS 14/6390](#)

Top 6

Fragestunde

Top 7

a) Antrag GRÜNE [DS 14/4342](#)

Tierversuche in Baden-Württemberg

b) Antrag GRÜNE [DS 14/4346](#)

Tierversuche an nicht menschlichen Primaten in Baden-Württemberg

Top 8

Antrag GRÜNE [DS 14/4347](#)

Die Krise ist jung – Sicherung von Beschäftigung und Ausbildung für unter 25-Jährige

Top 9

a) Antrag SPD [DS 14/4350](#)

Baden-Württemberg in einer schweren Rezession: Den industriellen Mittelstand mit einem „Baden-Württemberg Fonds“ unterstützen!

Top 10

Antrag GRÜNE [DS 14/4341](#)

Europakompetenz des Landes – Subsidiaritätsprüfung – Mitgestaltung statt Abwehr

Top 11 bis 18

Beschlussempfehlungen, Berichte, Kleine Anfragen, Abgeordnetenbriefe

Weitere Informationen:

Alle Drucksachen können unter www.landtag-bw.de/dokumente abgerufen und ausgedruckt werden oder Sie wenden sich an mein Büro. Wir schicken Ihnen die Drucksachen dann kostenfrei zu.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth, Ursula Wolf

Wilhelmstraße 9/2 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42

E-Mail: andreas.stoch@spd.landtag-bw.de |

Internet: www.andreas-stoch.de